

Schreibwaren und Büro-Bedarf

Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwaren-Händler e. V. Sitz Frankfurt a. M.

Monatsversammlung der Ortsgruppe Berlin

am 19. August 1919 im Berliner Clubhaus, Ohmstr. 2

Der Vorsitzende, Herr Heinrich, eröffnet die Versammlung um 8 Uhr 40 Min., sodann wird der Bericht der Sitzung vom 17. Juni verlesen und genehmigt, hierauf gibt der Vorsitzende die Namen 5 neuer Mitglieder bekannt und begrüßt sie.

Ueber die am 23. und 24. August stattfindende Berliner Papiermesse berichtet Kollege Dressler. Er bedauert, daß es nicht möglich war, den Montag mit hinzuzunehmen, und bittet die Besucher, möglichst schon am Sonnabend zu kommen, auch möchten die Weihnachts- und Neujahrsaufträge hier gegeben werden. Die Gesamträume des Clubhauses stehen zur Verfügung, gegen 60 Firmen mußten leider abgewiesen werden. Ein Meßführer kommt zum Versand und gibt nähere Auskunft über Messe und Aussteller.

Zum Hauptpunkt der Tagesordnung „Einkaufsgenossenschaft“, gibt der Vorsitzende eingehende Begründung und Klarstellung, teilt einiges Wissenswerte aus ähnlichen Gründungen mit und macht Mitteilung über seine Besprechungen mit dem Leipziger Verlagsbuchhandel. Wichtige Fragen seien die Person des Leiters, die Räumlichkeiten, die Organisation der Wirtschaftskasse, Ausgabestellen usw. Nicht nur die kleineren Geschäfte, sondern auch die größeren Firmen werden Vorteile haben, auch wird die Genossenschaft engeren Zusammenschluß der Mitglieder herbeiführen. Eine Sitzung der sich der Genossenschaft anschließen wollenden Mitglieder müßte dann stattfinden. An der regen Aussprache beteiligen sich die Herren Walter, Dressler, Müller, Herzberg durchweg zustimmend. Die Genossenschaft wird kein Fehlschlag sein, auch in Bezug auf die behördlichen Bestrebungen, bei Sozialisierung der Lehrmittel den Zwischenhandel auszuschalten, wird sie Ersprießliches leisten können. Die Liste, in die sich die Mitglieder, welche der Genossenschaft beizutreten gedenken, eintrugen, ergab die erfreuliche Zahl von 100 Kollegen.

Zur Sozialisierung der Lehrmittel wurden einige Sonderfälle aus Württemberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, den Betriebswerkstätten der Stadt Berlin erörtert.

In der Lohnbewegung war eine Pause eingetreten, doch werden die Verhandlungen nun wieder aufgenommen werden. Um zu zeigen, daß andere Gewerkschaften einsichtiger sind als hier, zieht der Vorsitzende einen Vergleich mit dem Hamburger Tarif.

Einen Bericht über die Delegiertensitzung am 15. August gibt Kollege Zimmerling, zugleich mitteilend, daß die Fachgruppen unter den gewählten vorläufigen Leitern demnächst zusammentreten werden.

Als Ausschußmitglied zur Delegiertenversammlung wird Kollege Dressler einstimmig gewählt.

Zur Papiermesse werden noch einige hilfsbereite Kräfte benötigt, weshalb sich unter dankbarer Anerkennung die Herren Peemüller, Köhler, Mündel, Martin freiwillig zur Mitarbeit bereit finden.

Zum Entwurf des neuen Umsatzsteuergesetzes teilt Kollege Zimmerling mit, daß in einer Abhandlung gegen die undurchführbare Buchführung Stellung genommen wurde.

Um 10 Uhr 15 Min. schließt der Vorsitzende die vollbesuchte Versammlung.

Bezirksgruppe Riesengebirge

Die Versammlung am Sonntag, 17. August in Hirschberg i. Schl., Hotel Kaiserhof, war von 13 Mitgliedern besucht.

Sie wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Springer, geleitet. Herr Mühle in Warmbrunn wurde in den Verband aufgenommen. Es wurden folgende Satzungen für die Ortsgruppe Riesengebirge angenommen:

1. Die Ortsgruppe umfaßt alle Mitglieder des Reichsbundes, welche im Kreise Hirschberg, Landeshut, Bolkenhain, Schönau, Löwenberg ihren Geschäftsbetrieb haben.

2. An der Spitze der Ortsgruppe steht ein Vorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem Schriftführer, einem Schatzmeister und zwei Beisitzern, welche von der Mitgliederversammlung alljährlich mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt werden.

3. Zur Bestreitung ihrer Bedürfnisse erhebt die Ortsgruppe zu dem Mitgliedsbeitrag des Reichsbundes einen Ortsbeitrag von 2 M. jährlich. (S. § 8 d. Satzungen d. Reichsbundes.)

4. Alle zwei Monate findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt, zu welcher die Mitglieder spätestens 8 Tage vorher durch Drucksache eingeladen werden.

5. In der ersten Mitgliederversammlung eines jeden Jahres erfolgt Rechnungslegung sowie Vornahme der notwendigen Wahlen.

6. Im Falle der Auflösung der Ortsgruppe fließt das etwa vorhandene Vermögen dem Landesverband Schlesien des Reichsbundes zu, jedoch mit der Bestimmung, daß es im Falle einer späteren Wiedergründung einer neuen Ortsgruppe Riesengebirge dieser als Grundfonds zurückgezahlt werden muß.

7. In allen übrigen Fällen gelten die Bestimmungen der Satzung des Reichsbundes.

Der Vorsitzende führte aus, daß von seiten der Ortsgruppe an alle Behörden Gesuche um gleichmäßige Lieferungsverteilung an die Händler ergangen sind, und bis zum heutigen Tage noch keine Antwort vorliegt. Sodann wurde Kollege Leipelt, Warmbrunn, als Beisitzer vom Papierfach in dem Arbeitgeberverband vorgeschlagen.

Ueber die Marktlage des Papiers berichtete Kollege Brückner aus Görlitz. Danach sei die vielfach verbreitete Meinung, daß im Papierfach ein Preissturz zu erwarten sei, irrig. Eher sei weitere Steigerung der Papierpreise ernstlich zu befürchten. Dies sei auf die fortwährenden Lohnerhöhungen bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit und insbesondere auf den Kohlenmangel zurückzuführen, welcher eine Krisis in der Papiererzeugung hervorgerufen habe. Auch die Erhöhung der Rohstoffpreise sowie der Frachten und aller übrigen Unkosten machten Erhöhung der Preise wahrscheinlich.

Redner wies zahlenmäßig nach, daß das Papierfach sich in Bezug auf Preiserhöhungen im Vergleich zu anderen Fächern sehr zurückgehalten habe. Wenn aber ein Preisrückgang nicht zu erwarten sei, so dürfe man doch mit Verbesserung der Ware rechnen, der Ankauf von Kriegsware sollte deshalb möglichst unterbleiben.

Redner empfiehlt den Kollegen die rechtzeitige Eindeckung des Bedarfs, da durch die immer mehr um sich greifende Kohlennot die Stilllegung weiterer Papierfabriken zu befürchten sei.

Zum Schriftführer der Bezirksgruppe wurde Fräulein Anna Becker in Hirschberg gewählt.

Die Ortsgruppe erklärte sich solidarisch mit der benachbarten Ortsgruppe Görlitz in bezug auf das Eintreten für einheitliche Richtpreise. Vor einigen Großfirmen, welche durch ihre Reisenden auch Nichtpapierhändler besuchen lassen, wurde gewarnt und empfohlen, derartige Firmen, welche die berechtigten Wünsche des Fachhandels nicht berücksichtigen, nicht durch die Erteilung von Aufträgen zu unterstützen.

Desgleichen wurden die Mitglieder vor Ankauf und Vertrieb sogenannter aktueller Nacktkarten gewarnt, da diese Erzeugnisse nur geeignet seien, das Ansehen des Papierhändlers zu untergraben. Es müsse danach gestrebt werden, daß diese Artikel baldmöglichst wieder vom Markte verschwinden.

Die Mitteilung, daß der Reichsbund für die völlige Beseitigung der Meldepflicht, soweit der Papierhändler in Frage kommt, eintritt, wurde freudig begrüßt.

Heinrich Springer, Vorsitzender

* * *

Ortsgruppe Stendal

Die Kollegen in Stendal haben sich zu einer neuen Ortsgruppe unseres Reichsbundes vereinigt. Die Ortsgruppe umfaßt folgende Mitglieder: Karl Dannemann (Fa. H. Geisler), Paul Elsholz, Joh. Kistenmacher, Bruno Kutschmann, Wilh. Mertens, Fr. Podsiadlowski, Ernst Schulze, Max Spahn, Gustav Ullrich, R. Volgenau.

Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwaren-Händler
Max Keller, Vorsitzender Wilhelm Link, Geschäftsführer

Normaltinte

S. Nr. 69 S. 2141

Das staatliche Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem teilt uns mit: Die Kennmarken Nrn. 24 und 25 der Firma: Chemische Fabrik Dr. Finckh & Eisner, St. Ludwig i. E., sind im Kennmarkenregister gelöscht worden.

Preise in den Schaufenstern. Die Auslagen in den Schaufenstern sollen nach einem Beschlusse des Nürnberger Polizeienats stets mit Preisen versehen sein, was aber in den meisten Fällen nicht befolgt wird. Um diesem Beschlusse Durchführung zu verschaffen, wurde neuerdings ein Dringlichkeitsantrag an den Stadtrat gestellt, was dieser zu tun gedenke, um seinen Beschlusse Geltung zu sichern. Die Dringlichkeit des Antrages ist vom Kommunalverbandsausschuß anerkannt und der Antrag zunächst der bayerischen Preisprüfungsstelle zur weiteren Bearbeitung überwiesen worden.

hsm.